

Weil wir hier leben

Bündnisgrünes Wahlprogramm für Nordsachsen 2024

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger Nordsachsens,

weil wir hier leben, setzen wir uns für eine nachhaltige, moderne und zukunftsorientierte Kommunalpolitik in Nordsachsen ein. Dazu braucht es eine klare politischen Zukunftsagenda, die in Zeiten großer Herausforderungen die Auswirkungen heutiger Entscheidungen und deren wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit fest im Blick behält. Wir wollen den sozial-ökologischen Wandel in Nordsachsen gestalten! Die globalen Herausforderungen unserer Zeit brauchen Entschlossenheit, Mut und Zuversicht für die Entscheidungen auf kommunaler Ebene. Wir Bündnisgrüne wollen unserer Region Nordsachsen und unseren Kommunen pragmatische Lösungen anbieten, die wir hier in diesem Wahlkonzept beschreiben. Dafür können wir aber nur gemeinsam kämpfen, mit und durch euch und Ihnen, liebe Wähler*innen.

Hier unterbreiten wir unser politisches Angebot für unsere Region Nordsachsen.

Für Kritik und Anregungen schreiben Sie uns gerne.

**Unser Ziel ist es,
in Fraktionsstärke in den nordsächsischen Kreistag einzuziehen!
Dafür bitten wir um Ihr Vertrauen.**

Wer wir sind

Unsere BÜNDNISGRÜNEN Wurzeln liegen im Umweltschutz und in der Bürgerrechtsbewegung. Seit jeher kämpfen wir für die Einhaltung der universellen Menschenrechte und sind auch gegenwärtig aktiver Teil lokaler Demokratiebündnisse in unserer Region. Unser Markenzeichen ist die Zusammenarbeit mit Verbänden, zivilgesellschaftlichen Kräften und Bürger*innen-Initiativen. Wir wollen uns gemeinsam für demokratische Mehrheiten starkmachen, miteinander diskutieren, einander zuhören und lösungsorientiert handeln.

Natürlich arbeiten wir parteiübergreifend mit allen Demokrat*innen vor Ort zusammen, Politik lebt vom sachlichen Austausch der Argumente. Aber gegenüber Rechtspopulist*innen oder rechtsextremen Parteien zeigen wir klare Kante. Wir sind gerne das Feindbild der Rechtspopulisten und damit die glaubwürdige Brandmauer, wo Unvereinbarkeitserklärungen anderer Parteien und Wählervereinigungen nur Lippenbekenntnisse bleiben. Mit uns gibt es keine gemeinsamen Abstimmungen oder inhaltliche Annäherungen an politische Positionen verfassungsfeindlicher Kräfte in kommunalen Räten!

Inhaltsverzeichnis

<u>I. Wirtschaft und Verkehr.....</u>	<u>3</u>
a) Verkehr.....	4
b) Energiewende.....	5
c) Flächennutzung.....	6
d) Digitale Infrastruktur.....	8
e) Landwirtschaft.....	8
f) Weiche Standortfaktoren.....	8
<u>II. Gesellschaftliche Vielfalt und Demokratie schützen.....</u>	<u>9</u>
a) Demokratie schützen.....	9
b) Gewaltschutz.....	11
c) Konzept gegen Rechtsextremismus in Nordsachsen.....	11
d) Ehrenamt.....	11
e) Integration.....	12
f) Demografie.....	12
<u>III. Umwelt und Klimaschutz.....</u>	<u>13</u>
a) Klimaschutz.....	13
b) Naturschutz.....	14
c) Gewässerentwicklung.....	14
d) Wohnen und Bauen.....	15
e) Lärm-, Licht- und Luftverschmutzung vermeiden.....	15
f) Ver- und Entsorgen.....	16
<u>IV. Kultur, Tourismus, Freizeit.....</u>	<u>16</u>
<u>V. Bildung, Schulen, Betreuung.....</u>	<u>18</u>

I. Wirtschaft und Verkehr

Wir haben das Ziel, den Erhalt unseres Wohlstands von der Überbeanspruchung der begrenzten Ressourcen unseres Planeten zu entkoppeln. Dafür brauchen wir geeignete Rahmenbedingungen und Förderungen für starke und erfolgreiche Unternehmen, die die erforderliche ökologische Transformation mitgestalten. Je früher die Anpassung unserer Industrie und Wirtschaft an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gelingt, desto größer werden Wachstumspotenziale, Profitabilität und Strahlkraft unserer nordsächsischen Unternehmen. Nicht zuletzt gehen von allen Investitionen in Klimaschutz und Ökologie zusätzliche Wachstumsimpulse aus.

So ist Klimaschutz Wohlstandssicherung!

a) Verkehr

Unser Ziel ist die Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor für Nordsachsen. Dafür braucht es eine „Autokorrektur“ durch ein Verkehrskonzept, das nicht nur auf Straßenbau und PKW setzt.

Einen zentralen Standortfaktor für das Leben und die Wirtschaft in Nordsachsen stellt die Erreichbarkeit in der Fläche dar. Gewerbeansiedlungen funktionieren nicht ohne die entsprechende Verkehrsinfrastruktur für Waren und Mitarbeitende. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, dass Bahnanschlüsse bei allen wirtschafts- und industriepolitischen Vorhaben geprüft werden. Der Güterverkehr auf der Schiene soll deutlich gestärkt werden und Gleisanschlüsse entsprechend gefördert. Denn mit LKWs verstopfte Straßen senken die Lebensqualität von Anwohnenden und Berufspendelnden enorm. Die starke Logistikbranche unserer Region erfordert innovative Verkehrskonzepte für deren Warenumschlag. Diese fehlen bisher. Der Güterbahnhof am Hafen Torgau soll als Güter- und Verladebahnhof bei der Bahn aufgeführt werden. Die Wiederbelebung der Bahnlinien Eilenburg - Bad Dübener Heide - Pretzsch und Torgau - Pretzsch ist zu prüfen.

Die Erreichbarkeit neuer und vorhandener Betriebe mit dem ÖPNV und auf Radwegen sind nicht nur für Auszubildende entscheidende Standortfaktoren. Wir wollen diese mit steigender Zahl der Mitarbeitenden als Voraussetzung für die Ausweisung neuer Gewerbegebiete etablieren. Auch hier müssen Radwege stets mitgeplant werden.

Ein umfassendes Güter- und Verkehrskonzept für Nordsachsen muss eine zukunftsweisende Verkehrswende fördern.

Auch wenn wir den Ausbau des ÖPNV fordern, die starke Abhängigkeit vom Auto auf dem Land wird auf absehbare Zeit erhalten bleiben. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für e-Mobilität darf daher gerade dort nicht vernachlässigt werden. Die Kommunen sind in ihrer Koordinationsfunktion hierbei zu unterstützen und das bundesweite Schnellladernetz umzusetzen.

Um insbesondere Familien auf dem Land nicht nur das Zweit- oder Drittauto zu ersparen, sind mit Mobilitätsstationen und Carsharing-Angeboten auch in kleineren Städten oder Dörfern Alternativen zum Privat-Pkw möglich. Deren Rentabilität werden wir prüfen lassen. Erfahrungen aus Kommunen, die das bereits praktizieren, werden wir zielgerichtet einbinden.

Studien zeigen, dass die meisten mit dem Auto gefahrene Strecken unter vier Kilometer weit sind. Für diese Alltagsmobilität ist das Fahrrad eine kostengünstige, gesundheitsfördernde und ökologische Alternative. Nordsachsen und seine Kommunen brauchen mehr sichere Radwege für alle Generationen, dann kommt der Umstieg auf das Fahrrad von alleine. Der große Rückstau in der Planung und Umsetzung des Radverkehrskonzeptes muss abgebaut werden!

Auch das touristische Potential von Radwegen wird in Nordsachsen noch nicht ausgeschöpft.

Wir fordern eine Mitgliedschaft der Kommunen des Landkreises im sächsischen wegebund (www.wegebund.de). So gelingen Planung und Ausbau der nordsächsischen Radwege effizienter.

b) Energiewende

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist für die sächsische Wirtschaft ein wesentlicher Eckpfeiler, um künftig Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Strom und Wärme zu gewährleisten.

Die Klimakrise wartet nicht auf ihre Zweifler. Ihr mit Entschlossenheit wirksam zu begegnen, dazu sind wir gesetzlich verpflichtet. Der Energiesektor ist derzeit noch einer der größten Klimaschädlinge, das müssen wir in den Griff bekommen. Die zeitnahe und regionale Verfügbarkeit von erneuerbarer Energie ist von zentraler Bedeutung nicht nur für die Attraktivität Nordsachsens als Unternehmensstandort. Vorhandene Großabnehmer als auch zukünftige Wirtschaftszweige müssen zuverlässig und zeitnah mit günstiger erneuerbarer Energie versorgt werden können. Um die regional bedeutsame Glasindustrie zu halten, wird in Zukunft voraussichtlich grüner Wasserstoff benötigt, darauf müssen wir hin arbeiten.

Genehmigungsverfahren für Windenergie- und Photovoltaikanlagen müssen beschleunigt und gleichzeitig der Arten-, Natur und Flächenschutz weiterhin bestmöglich berücksichtigt werden. Es gilt vor Ort die beste Lösung zur Überwindung von Zielkonflikten zu finden durch Beteiligung und Transparenz.

Gerade im Bereich der Energiewende zeigt sich, dass die Ballungszentren auf starke ländliche Räume angewiesen sind. Wir hier auf dem Land verfügen über die Flächen, die erneuerbare Energien brauchen, um die Städte zu versorgen. Das sächsische Beteiligungsgesetz garantiert den Kommunen ihre Gewinnbeteiligung an den Anlagen. Jedes Windrad bietet ihnen eine direkte Einnahmequelle von bis zu 30.000 € im Jahr. Diese Gelder können gezielt für Kita, Sportverein oder kommunale Baumaßnahmen eingesetzt werden und kommen so direkt den Menschen und ihrer Gemeinde zugute. Auch Bürger*innen können durch Genossenschaftsmodelle profitieren. Durch regionale Wirtschaftskreisläufe auf dem Energiemarkt werden wir unabhängig von den Turbulenzen des globalen Weltmarktes fossiler Energieträger. Umso enttäuschender, dass diese Potentiale bisher weit hinter ihren Möglichkeiten blieben. Das Energiekonzept von Nordsachsen stammt von 2011. Das wollen wir durch unseren Nachdruck ändern, so, dass wir alle etwas davon haben. Sozial, ökologisch, gerecht!

Wir fordern

- zügige, priorisierte Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen in Nordsachsen
- ein Solarkataster aller geeigneten verfügbaren Dachflächen oder anderen bebauten Flächen (z.B. Parkplätze) in allen Kommunen Nordsachsens

- ein Gesamtkonzept zur Flächennutzung für Freiflächen-PV-Anlagen in Nordsachsen, um wertvolles Ackerland bestmöglich zu schützen
- die Anpassung der Stromnetze und Aufbau von Energiespeichermöglichkeiten
- eine digitale Vernetzung von Energieerzeugern und -abnehmern etwa durch den Einsatz intelligenter Stromzähler
- die Planung des Ausbaus von öffentlichen Ladesäulen für E-Mobilität
- eine flächendeckende, unabhängige und proaktive Energieberatung für Kommunen und alle privaten Investor*innen, ob fürs Eigenheim, Mietergemeinschaften, Energiegenossenschaften oder Unternehmen
- Solardachpflicht für Neubauten

Die Wärmewende ist nicht nur wichtig für wirksamen Klimaschutz, sie stärkt auch die lokale Bauindustrie und das Handwerk als unerlässliche Partner. Der Landkreis soll bei der Wärmeplanung Kooperationen unterstützen, bei denen Kommunen, Stadtwerke und kommunale Unternehmen an einem Strang ziehen und Ressourcen gemeinsam nutzen. Die Versorgung mit Fern- und Nahwärme kann auf eine breite Auswahl an sich gegenseitig ergänzende Technologien setzen. Viele potenzielle Wärmequellen wurden in der Vergangenheit aufgrund unwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und hemmender Regulierung nicht erschlossen. Diese Rahmenbedingungen haben sich gewandelt und darauf können und müssen wir reagieren.

Fördermittel von Land und Bund sind insbesondere für die energetische Sanierung kreiseigener bzw. kommunaler Liegenschaften zu beantragen.

c) Flächennutzung

Für uns GRÜNE steht fest: jegliche bebaute Flächennutzung muss sorgsam abgewogen werden!

In Zeiten fortschreitender Klimakrisen mit steigender Hitze und Starkregenereignissen, des rasenden Verlustes an Biodiversität und globalen Ressourcenknappheiten müssen Flächeninanspruchnahmen neu gedacht werden. Es gibt zahlreiche innovative Konzepte, dafür müssen Bebauungspläne offen werden. Flächennutzung soll mit der geringstmöglichen Versiegelung erfolgen und wenn, dann stets mit Biodiversitäts- und Schwammstadtkonzepten so umgesetzt werden, dass auch in Siedlungs- und Gewerbegebieten neues ökologisches Leben entstehen kann.

Um den Flächenfraß in Nordsachsen zu verringern, bedarf es deutlich stärkerer Anstrengungen. Wir GRÜNE fordern eine Netto-Null-Flächenversiegelungsstrategie für Nordsachsen. Denn die weitere Zunahme der Flächenversiegelung ist vor dem Hintergrund der enormen Klima- und Umweltauswirkungen nicht mehr akzeptabel.

Den Strukturwandel gilt es in Nordsachsen transparent, unter Beteiligung der Öffentlichkeit und sozial-ökologisch zu gestalten. Er ist die Voraussetzung, dass attraktive Arbeitsplätze erhalten bleiben und neuer Arbeitsplätze entstehen. Unternehmen benötigen hierfür auch zusätzliche und neue Flächen. Aber mit Flächen sorgsam und verantwortungsvoll umzugehen, das betrifft das Gewerbe ebenso wie Verkehrsflächen und den Wohnungsbau. Eine Flächeninanspruchnahme, wie für das **Industrievorsorgegebiet in Wiedemar** geplant, verstößt in vielerlei Hinsicht gegen dieses Prinzip und

die Ziele des Landesentwicklungsplanes. Seitens der GRÜNEN wird die geplante Maßnahme als unverhältnismäßig abgelehnt.

Für uns GRÜNE steht fest: Um neue Industrie- und Gewerbeansiedlungen zu ermöglichen, müssen wir alles dafür tun, Bestandsflächen zu aktivieren und zu nutzen, das Flächenrecycling zu verstärken und Brachflächen zu revitalisieren. Die Sanierung und Wiederbelebung von brachliegenden Industrie- und Gewerbeflächen muss immer Vorrang vor Neuversiegelungen haben. Bei der Ausweisung neuer Siedlungs- und Gewerbeflächen wollen wir die Umsetzung von Kompensation konsequent prüfen, verstärkt auf Entsiegelung setzen und hierfür die kommunenübergreifende Zusammenarbeit stärken.

Ausgleichsmaßnahmen für Versiegelungen müssen in Nordsachsen endlich realisiert werden mit dem Schwerpunkt auf Biotopverbünde. Die Finanzierung der Umgestaltung bereits versiegelter, ungenutzter Flächen (Industriebrachen) wollen wir deutlich erleichtern. Zugleich setzen wir uns für die stärkere Beratung von Kommunen für die Innenraumentwicklung ein.

Einem ungezügelter Flächenverbrauch kann mit alternativen Bauweisen begegnet werden. In die Höhe statt in die Fläche zu bauen oder verdichtetes Bauen z.B. in Reihenhäusern hilft, die Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden und einen Verkehrskollaps zu verhindern. Gerade PV-Anlagen eignen sich für Mehrfachnutzungen und sollen stets mitgedacht werden: ob Agri-Photovoltaik, Parkplätze mit PV-Anlagen oder Solardachpflicht für Neubauten.

Wir GRÜNE wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die sogenannte vertikale Nutzungsmischung in Nordsachsen voranzubringen. Sie bedeutet, dass Gebäude nicht nur einseitig genutzt, sondern verschiedene Nutzungen miteinander kombiniert werden. Zum Beispiel könnte auf einem Supermarktdach auch ein Sportplatz sein oder über einer Sporthalle Räume für soziokulturelle Nutzungen. Für die Kommunen braucht es ausreichend finanzielle Spielräume und Anreize, um verstärkt in die Höhe zu bauen und bereits versiegelte Flächen effizienter zu nutzen.

Eine Ansiedlungsoffensive für Innenstadtbereiche in den Kommunen sollte entwickelt werden in Anlehnung an das sächsische Landesprogramm „Jung kauft Alt“. Damit wird innerstädtischem Leerstand und dem Flächenfraß entgegengewirkt. Auf Kreis- und kommunaler Ebene sind parallel Programme für eine finanzielle Unterstützung des Landesprogramms zu entwickeln. Z. B. können Gutachterkosten für notwendige Baumaßnahmen gefördert werden, damit die potentiellen Käufer*innen Planungssicherheit haben.

Die verschiedenen Generationen haben unterschiedliche Bedürfnisse an ihren Wohnraum. Wir wollen uns für altersgerechtes Wohnen und flexible Wohnkonzepte stark machen, z.B. das Vernetzen der unterschiedlichen Generationen durch gemeinschaftliches Wohnen oder Mehrgenerationenwohnen unterstützen. Oder wenn mit zunehmendem Alter das große Einfamilienhaus mit Garten zur Belastung wird, dann helfen ortsnahe, moderne und altersgerechte Wohnungen, um einen Generationenwechsel in bestehenden Einfamilienhäusern für alle attraktiv werden zu lassen.

Die Kommunen brauchen einerseits zunehmend Singlewohnungen für Menschen jeden Alters. Andererseits träumen viele Menschen vom Einfamilienhaus in ruhiger Wohngegend. Bei der Erschließung neuen Baulands für Wohnzwecke sind uns folgende Punkte wichtig:

- schonender Flächenverbrauch. Z.B. könnte Reihenhauplanung auch aus Kostengründen attraktiv sein. Außerdem sollten auch in solchen Wohngebieten Mehrfamilienhäuser stehen

für Menschen, die sich kein eigenes Haus leisten können und aus Gründen der sozialen Durchmischung.

- Klimaresilienz. Also Anpassung an Hitze und Starkregen, sogenannte Schwammstadt-konzepte; Grünkonzepte, die Schottergärten unterbinden und Biodiversität im öffentlichen Raum und privaten Gärten proaktiv fördern.

d) Digitale Infrastruktur

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung nutzen für eine nachhaltige Gestaltung unserer Gesellschaft. Digitalisierung ist unerlässlich für die dezentrale Produktion von Energie, für Mobilitätssysteme, für die Kooperation ländlicher und urbaner Räume oder für politische Transparenz und Teilhabe. Als wichtige Voraussetzungen für eine moderne wirtschaftliche Entwicklung betrachten wir die Beschleunigung von Verwaltungshandeln durch die Vereinheitlichung und Digitalisierung von Verfahren. Die flächendeckende Bereitstellung von leistungsstarker digitaler Infrastruktur ist unerlässlich. Für uns gilt, die laufenden Prozesse der Digitalisierung gezielt im Sinne der Gesellschaft auszurichten.

Wir fordern für unseren Landkreis und seine Kommunen Informationsfreiheitsgesetze für mehr freiwillige Transparenz.

e) Landwirtschaft

Wir setzen uns für eine höhere regionale Wertschöpfung bei Nahrungsmitteln in Nordsachsen ein.

Wir freuen uns, dass zunehmend regional und ökologisch produzierte Nahrungsmittel aus Nordsachsen in Leipzig oder anderen Städten ihren Absatz finden und hier auch vergleichsweise kleine Landwirtschaftsbetriebe davon existieren können. Aber damit unsere alltäglichen Lebensmittel auch in unserer ländlichen Region einen geringen ökologischen Fußabdruck hinterlassen, brauchen wir bessere Möglichkeiten, diese Produkte auch hier unkompliziert kaufen zu können. Diese regionale Wertschöpfungskette hat noch große Lücken, die wir stopfen wollen!

Außerdem: Land und Bund fördern die Verwendung regional und ökologisch produzierter Nahrungsmittel in der Gemeinschaftsverpflegung. Diese Möglichkeit wird in den nordsächsischen Kantinen, Senioren- und Kindereinrichtungen noch viel zu wenig genutzt. Wir wollen die regionale Selbstversorgung aus Nordsachsen für Nordsachsen insbesondere beim Gemüse erhöhen, aber auch bei allen anderen landwirtschaftlichen Produkten.

f) Weiche Standortfaktoren

Fachkräfte werden dringend gebraucht, auch Frauen! Geschlechtergerechte Berufstätigkeit muss Familienfreundlichkeit mitdenken, auch für Männer, und sich auf Alleinerziehende und pflegende Familienangehörige flexibel einstellen können. Den Anfang dieser Kette bilden personell und qualitativ gut ausgestattete Betreuungsplätze mit guten Arbeitsbedingungen.

Mutterschutz für alle Frauen: auch Unternehmerinnen und Selbständige müssen ein Recht haben auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es braucht Chancengerechtigkeit in der Wirtschaft! Solange es noch kein entsprechendes Bundesgesetz gibt, wollen wir die Förderung von Mutterschutz für alle auf regionaler Ebene, z.B. durch die Wirtschaftsförderung, prüfen lassen. Das Wort „Nachwuchskräfteförderung“ hat viele Dimensionen.

Arbeits-Klima: Gute Arbeitsbedingungen sind in allen Branchen der entscheidende Vorteil, um im zukünftig hart umkämpften Arbeitsmarkt gute Mitarbeitende halten oder finden zu können. Die Aspekte Tariftreue, Transparenz und Teilhabe der Mitarbeitenden sollte auch die Wirtschaftsförderung Nordsachsens ins Zentrum ihres Wirkens stellen.

Schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht nur ein großer Nachteil im Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte. Unternehmen, die insbesondere Migrant*innen bei Lohndumping beschäftigen, kurzen Arbeitsverträgen, schlechter sozialer Absicherung und mangelnden Arbeitsschutzstandards tun dies auch auf Kosten unserer lokalen sozialen Infrastruktur wie Beratungsstellen, Schulen und Kitas. Die so Beschäftigten und ihre mitreisenden Familienangehörigen haben keine langfristige Bleibeperspektive oder Planungssicherheit und damit keinerlei Aussicht, sich hier zu integrieren und wenigstens ihren Kindern eine bessere Ausbildung und Zukunft zu ermöglichen.

Wir fordern die dauerhafte und konsequente Überprüfung der Einhaltung von Mindestlohn und Arbeitsschutz in diesen Unternehmen Nordsachsens und ihre Beteiligung an den sozialen Folgekosten vor Ort.

Wir begrüßen die Errichtung des CTC Großforschungszentrums in Delitzsch und des GlasLab in Torgau. Auch darüber hinaus wollen wir Forschung und Innovation als Treiber für neue Technologien und Geschäftsfelder zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft stärken. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des zunehmenden Bedarfs an Fachkräften für diese Forschungszentren sind Investitionen in attraktive Lebensbedingungen und ein gesellschaftliches Klima der Weltoffenheit von höchster Bedeutung. Dazu zählen die Förderung von Kunst, (Sozio-)Kultur und Tourismus ebenso wie Investitionen in klimaneutrale Verkehrsinfrastruktur durch umfassenden Ausbau des ÖPNV und Fernbahnverkehrs. Die Verbindungen innerhalb des Landkreises und zu den benachbarten Ballungszentren ist zu stärken.

Beim Strukturwandel muss es auch darum gehen, dass die Arbeitsplatzsicherheit und die Arbeitsbedingungen von Frauen und jungen Menschen verbessert werden, die wir in den Regionen halten und zurückholen wollen. Vor allem aber ist Transparenz, der Einbezug und die Beteiligung der Unternehmen, Arbeitnehmenden sowie der Menschen vor Ort, dabei besonders von jungen Menschen und Frauen, unerlässlich beim Umbau der regionalen wirtschaftlichen Strukturen.

Wir GRÜNE schätzen es sehr, dass die meisten der hier ansässigen Unternehmen fest auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen und sehr genau wissen, dass sie nur unter diesen Rahmenbedingungen gedeihen können. Davon abweichende Tendenzen verurteilen wir entschieden und fordern, dass auch die Wirtschaftsförderung auf demokratiefeindliches und menschenverachtendes Handeln in der Unternehmerschaft reagieren muss. Es darf nicht sein, dass Unternehmen gefördert werden, die ihrerseits eine nationalistische, rechtsextreme Szene in ihrer Raumnahme unterstützen und finanzieren. Es ist höchste Zeit für eine deutliche Absage an eine demokratiefeindliche oder menschenverachtende Unternehmerschaft.

II. Gesellschaftliche Vielfalt und Demokratie schützen

a) Demokratie schützen

Kommunalpolitik muss die Interessen aller Generationen und Lebensentwürfe zusammenführen. Wir leben in einer alternden Gesellschaft und Statistiken zeigen, dass Wähler*innen überwiegend männlich und 55+ Jahre alt sind. Trotzdem richtet sich unsere Politik an alle Menschen in Nordsachsen: uns GRÜNEN sind die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen oder Menschen jeglicher geschlechtlichen, sexuellen oder kulturellen Identität wichtig. Denn nur wer sich gesehen und sicher fühlt, hier Respekt und Anerkennung erfährt, möchte auch gerne in Nordsachsen bleiben oder herkommen. Nordsachsen muss allen Generationen und Lebensentwürfen Heimat sein können. Nur gleich wird's besser: Für echte Gleichstellung brauchen wir auch mehr weibliche Perspektiven in Entscheidungspositionen.

Wir begrüßen die proaktive Willkommenskultur für junge Familien in Nordsachsen. Dabei gilt es, die Vielfalt der Realität von Familien in Nordsachsen anzuerkennen und zu schützen. Lebensentwürfe sind so vielfältig, wie die Konstellationen, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Auch getrennt lebende Eltern, Alleinerziehende, Verwitwete oder queere Menschen sollen sich in Nordsachsen willkommen fühlen.

Wir als Gesellschaft und die Verwaltungen müssen für die Sicherheit von Minderheiten in den Schulen, an den Arbeitsplätzen und in der Öffentlichkeit Sorge tragen. Denn Nordsachsen ist nicht die einzige Region mit drohendem Fachkräftemangel: ein Image der Feindlichkeit gegenüber Minderheiten schadet nicht nur unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Nur ein tolerantes und weltoffenes Nordsachsen schafft Anreize für Menschen, hier beruflich Fuß zu fassen - egal ob aus dem Inland oder Ausland. Daher fordern wir einen „Aktionsplan Demokratie, Toleranz und Vielfalt“, der in allen Zuständigkeitsgebieten der Verwaltungen akzeptanzfördernde Maßnahmen konzipiert und umsetzt und demokratiefeindlichem Gedankengut und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nach innen und außen entschlossen und wirksam entgegen tritt. Zur Verbesserung der Behörden streben wir nach mehr Vielfalt in ihrer Belegschaft, gesellschaftlich unterrepräsentierte Gruppen sollen verstärkt für Berufe in der Verwaltung gewonnen werden, um damit ein sichtbares Zeichen zu setzen, dieser gesellschaftlichen Realität auch dort zu entsprechen. Die Verwaltung sollte hierbei Vorbild sein für alle anderen Berufsgruppen unserer Bevölkerung.

Für den Kreistag wünschen wir uns Beiräte für die Teilhabe aller: damit Jugend, Senior*innen, Migrant*innen, Menschen mit Behinderungen oder Frauen bei Entscheidungen des Landkreises, die sie betreffen oder tangieren für sich selbst sprechen können.

In der Verwaltung muss Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz gefördert werden und wichtige Dokumente auch in Fremdsprachen und einfacher Sprache verfügbar sein. Eine Antidiskriminierungsstelle sollte bei Konflikten vermitteln können.

In der sächsischen Koalition der vergangene Legislatur hat die GRÜNE Fraktion die kommunale Demokratie gestärkt, mehr Bürger*innenbeteiligung und das Transparenzgesetz ermöglicht und das Kommunalrecht durch mehr kommunale Gestaltungsfreiheit verbessert. Wir werden uns für Transparenzsatzungen auf kommunaler und Kreisebene einsetzen. Denn Demokratie ist die Möglichkeit

und die Aufforderung, sich vor Ort selbst einzumischen. Sie hängt maßgeblich davon ab, dass ein freier Zugang zu Informationen sowie zu Ergebnissen von Beratungen und Entscheidungsprozessen besteht.

b) Gewaltschutz

Die Istanbul-Konvention muss in Nordsachsen konsequent umgesetzt werden¹. Noch immer warten auch in unserer Region zu viele Opfer von häuslicher Gewalt zu lange auf einen Platz in einer Schutzwohnung und auf eine angemessene Beratung. Durch die zu dünne Personaldecke der Interventions- und Koordinierungsstelle kann weder die Präventionsarbeit noch die Weiterbildung anderer Fachkräfte im erforderlichen Umfang stattfinden. Die Landesmittel zur Förderung der Chancengleichheit sollten vom Landkreis aufgestockt werden mit dem Ziel einer personellen Entlastung der Mitarbeitenden in diesem Bereich.

c) Konzept gegen Rechtsextremismus in Nordsachsen

Der Landkreis und seine Verwaltungsebenen müssen sich klarer gegen Feinde der Demokratie positionieren. Das laute Schweigen der Verwaltungsstrukturen ist ohrenbetäubend, wir erwarten eine klare Handlungsermächtigung und -anweisung des Landrats an alle Mitarbeitenden, sich einzumischen. Keine Ebene unserer Verwaltung oder Wirtschaft soll sich mehr hinter einem falsch verstandenen Neutralitätsgebot verstecken können. Damit machen sie sich vor zunehmend gefestigten rechten Strukturen lächerlich und setzen unsere liberal-demokratische Zukunft aufs Spiel. Passivität, Verharmlosung und Unterlassen von Verantwortungsübernahme machen gefestigte rechtsextreme Strukturen und ihre zunehmende Gewaltbereitschaft möglich.

Die sächsische AfD ist gesichert rechtsextrem. Diese Einschätzung durch den sächsischen Verfassungsschutz muss auch in den unteren Verwaltungsbehörden zur Kenntnis genommen werden. Mitarbeitende, die weder Verfassung, Recht noch Demokratie achten, gefährden die Zuverlässigkeit des öffentlichen Dienstes und haben dort nichts zu suchen, genauso, wie dies für ehemalige Stasimitarbeitende bereits gilt.

d) Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement ist ein zentraler Motor für das Funktionieren unserer Gesellschaft, wir alle nutzen und brauchen es. Es ist wichtig für unser Demokratieverständnis und unseren Zusammenhalt, gerade auf dem Land. Nichts schlägt stärker als das Herz eines Freiwilligen. Landkreis, Kommunen und Unternehmen sollten sich regelmäßig fragen, was sie für das Ehrenamt tun können und es vor Verfassungsfeinden und Demokratieverächtern schützen.

Soziale und zivilgesellschaftliche Strukturen zum Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratie müssen bedarfsgerecht finanziert werden, sie sind in Zeiten großer ideologischer Unsicherheiten kein Luxus. Von Förderinstrumenten wie der Partnerschaft für Demokratie wünschen wir uns mehr Mut und Entschlossenheit im Handeln.

¹ Die Istanbul-Konvention verpflichtet Deutschland auf allen staatlichen Ebenen die Betroffenen von (sexualisierter) Gewalt und Diskriminierungen zu schützen, zu unterstützen, eine umfassende Strafverfolgung der Täter*innen zu gewährleisten, sowie präventive Maßnahmen zu fördern, die (sexualisierte) Gewalt verhindern.

e) Integration

Integration ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Der Landkreis entscheidet nicht über die Menge der ankommenden Migrant*innen, egal ob es Geflüchtete, Arbeits- oder Fachkräfte sind. Aber sowohl die Verwaltung als auch wir Bürger*innen sind dafür verantwortlich, wie schnell und gut ihre Integration gelingt. Wir fordern eine nachhaltige und belastbare Integrationsinfrastruktur für die Kommunen, die die Integration in Arbeit und Gesellschaft von Anfang an gewährleistet. Die Kapazitäten in Schulen und Kitas, Sprach- und Integrationskursen, Jobcentern, Beratungs- und Betreuungsangeboten müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Das Chancenaufenthaltsrecht bedeutet für die Ausländerbehörde Nordsachsens Drehscheiben zu werden und nicht mehr Nadelöhr zu sein. Wenn Unternehmen in die Ausbildung migrantischer Mitarbeiter*innen investieren, dann erwarten sie zu Recht Planungssicherheit, dass ihnen diese Mitarbeiter*innen auch erhalten bleiben. Dafür sollte die Ausländerbehörde ihre Ermessensspielräume ausschöpfen und mit den Unternehmen eng zusammenarbeiten. Migrant*innen in Beschäftigung entlasten die Behörden, sorgen für deren Integration und finanzielle Selbständigkeit. Dafür sind Investitionen in mehr Sprach- und Integrationskurse dringend nötig.

Integration geht aber auch nicht ohne uns als Zivilgesellschaft, z.B. an den Arbeitsplätzen oder als Eltern und Klassenkameraden in den Schulen. Begegnung oder ehrenamtliche Hilfestellung aber brauchen Räume und Strukturen, die sie zuverlässig ermöglichen. Sie zu fördern ist eine sinnvolle und nachhaltige Investition in die Zukunft und zur Entlastung hauptamtlicher sozialer Beratungsangebote.

f) Demografie

Nordsachsen braucht ein vorausschauendes Demografie-Management, das sowohl auf sich wandelnde Trends zeitnah reagiert (z.B. zwischen Land- oder Stadtflucht, Migrationsrate) als auch langfristige Veränderungen in der Planung der Infrastruktur berücksichtigt (Geburtenrate, Alterspyramide). Die Verfügbarkeit von Kitas, Schulen, Horte, der Bedarf an Fach- und Arbeitskräften bis hin zur ortsnahen medizinischen Versorgung sind entscheidende Faktoren für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und das Funktionieren der Gesellschaft.

Geschlechtergerechtigkeit muss im Demografiemanagement stärker berücksichtigt werden, denn z.B. bestehen Familien oft aus Alleinerziehenden. Nicht nur alleinerziehende Eltern müssen sich auf funktionierende und gute Kita- und Hortplätze verlassen können, weil ihre Arbeitskraft gebraucht wird und um der überdurchschnittlichen Armut alleinerziehender Mütter wirksam zu begegnen.

Auch bürgerschaftliches Engagement, das Jung und Alt miteinander vernetzt, ist zu stärken. Ob Babysitter- oder Kita-Abholdienste, Einkaufshilfen, Nachhilfeunterricht oder Nachbarschaftshilfe.

Durch die Förderung von sozialräumlichen Strukturen soll auch die Begleitung von alten, kranken und Menschen mit Behinderung ganz wesentlich verbessert werden. In Sozialraumzentren mit angeschlossenen Pflegestützpunkten soll die kulturelle, sportliche und geistige Beschäftigung von Menschen in der Gemeinschaft generationenübergreifend gewährleistet werden. Dort kann trägerübergreifende Beratung durch verschiedene Unterstützungsangebote ergänzt werden.

Im Landkreis besteht in einigen Bereichen akuter Ärztemangel. Der Landkreis ist in der Pflicht optimale Voraussetzungen für Niederlassungen junger Ärzt*innen zu schaffen, zum Beispiel durch die Bereitstellung kreiseigener Immobilien und Nutzung von Förderprogrammen. Auf die Qualität der medizinischen Betreuung kann der Landkreis Einfluss nehmen. Den Verkauf der kreiseigenen

Krankenhäuser lehnen wir ab. Ein Verkauf würde dem Landkreis nur einmalige Entlastung statt dauerhafte Einnahmen für den Haushalt bringen.

Nordsachsen hat viele Potentiale, sich als Alternative zum Leben in der wachsenden Großstadt Leipzig anzubieten, deren Wohnungsangebot mit dem Bevölkerungswachstum nicht mithalten kann. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Potentiale auf allen Planungsebenen besser beachtet werden.

III. Umwelt und Klimaschutz

a) Klimaschutz

Klarer Kurs Klimaschutz auch im Kreisentwicklungskonzept 2030 – wir machen Druck!

Global denken, lokal Handeln – dieses Prinzip leitet uns BÜNDNISGRÜNE bereits seit unserer Gründung. Es lässt sich kaum besser versinnbildlichen, als in der Gleichzeitigkeit von Kommunal- und Europawahl in Sachsen. Denn der Erfolg des EU Green Deal entscheidet sich vor Ort: mit lokalen Projekten für Klimaschutz und -anpassung schaffen wir es, uns gemeinsam auf den Weg zum klimaneutralen Kontinent zu machen.

Wir begrüßen, dass der Landkreis Klimaneutralität im Kreisentwicklungskonzept 2030 bereits als sein strategisches Ziel festgelegt hat. Die Umsetzung dieses Ziels ist eine komplexe Herausforderung und hat höchste Priorität, dazu verpflichten uns internationale Abkommen und das Bundes-Klimaschutzgesetz. Die Treibhausgasemissionen bis 2030 – also in sechs Jahren! - um 65% zu reduzieren ist eine ambitionierte Querschnittsaufgabe, bei der sich kein Bereich aus der Verantwortung ziehen darf. Wir GRÜNE sind die treibende Kraft, die beständig und hartnäckig an die Dringlichkeit der vielfältigen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen erinnern, sie einfordern und kontrollieren, sowohl im Landkreis als auch in unseren Kommunen. Genau dafür braucht es unsere starke Stimme! Denn WIR heutzutage tragen die Verantwortung, dass auch kommende Generationen hier noch gut leben können!

Wir fordern: Der Landkreis Nordsachsen muss eine jährliche Treibhausgasbilanz erstellen und aufzeigen, wie, wo und in welchem Zeitrahmen er als nächstes weitere Emissionen reduzieren wird.

Damit die jährliche „Klimamillion“ vom Freistaat für den Landkreis nicht im Haushaltsplan für sowieso schon geplante Maßnahmen untergeht, pochen wir auf ein transparentes Verfahren, bei dem der Landkreis geeignete Maßnahmen mit den Kreisräten diskutiert und die kreisangehörigen Kommunen durch ein Interessenbekundungsverfahren einbindet. Aus unserer Sicht kommen insbesondere die energetische Sanierung der Verwaltungsgebäude und ihre Umstellung auf erneuerbare Energieträger infrage, Investitionen in den ÖPNV und in Radwege sowie Maßnahmen zum Einstieg in die Wärmewende. Um die jährliche Klimamillion optimal zu nutzen, sollte das Geld vorrangig als Eigenmittel für Maßnahmen genutzt werden, die eine Förderung nach sich ziehen. So sind in der Kommunalrichtlinie für Investitionen im Klimaschutzbereich Förderquoten von 75 bis 90 Prozent vorgesehen. Mit dem Einsatz der jährlichen Klimamillion lassen sich Investitionen in Klimaschutz- und Strukturwandelmaßnahmen für mehrere Millionen finanzieren.

b) Naturschutz

Der Verlust an Biodiversität (Pflanzen) und damit einhergehend auch an Biomasse (Insekten) hat ein enormes Ausmaß angenommen, dem dringend begegnet werden muss. Landwirtschaftlich genutzte Monokulturen prägen unser Landschaftsbild, Hecken und Straßenbäume verschwinden und werden nur halbherzig ersetzt und in den Siedlungsbereichen fehlen Biodiversitätskonzepte. Dem möchten wir energisch entgegenwirken und uns für mehr Straßenbäume und kommunale Biodiversitätskonzepte einsetzen, die auch Gewerbegebiete umfassen! Denn Biodiversität bedeutet nicht nur optisch mehr Lebensqualität. Wir sind verantwortlich für ihren Schutz und ihre Weiterentwicklung.

Unsere Schlüsselvorhaben sind:

- »Natura 2000«-Flächen unter anderem durch Schwerpunkt-Naturschutzstationen stärken
- Biotopverbünde durch gezieltes Handeln auf kreiseigenen Liegenschaften unterstützen
- Zulassen von Wildnisgebieten und Prozessschutz
- Stadtnatur / Siedlungsnatur fördern

c) Gewässerentwicklung

Wir befinden uns im Einzugsgebiet von Bergbaufolgelandschaften. Deren Ewigkeitskosten insbesondere im Hinblick auf Grund- und Oberflächenwasser sind bis heute nicht absehbar.

Gewässerentwicklung erfordert daher sowohl in diesem Kontext und hinsichtlich erwartbar zunehmender sommerlicher Dürren einer besonderen Aufmerksamkeit. Wir setzen uns für die Umsetzung der EU-WRRL und für ökologischer Hochwasserschutz ein.

Die Elbe braucht ein nachhaltiges Gesamtkonzept für eine naturnahe Entwicklung. Wir fordern eine Rückstufung der Wasserstraßenfunktion. Es wird Zeit für eine Erweiterung des Biosphärenreservats Mittelelbe auf den sächsischen Teil der Elbe.

Wir treten für die Fortführung bzw. Wiederaufnahme des Projekts „lebendige Mulde“ ein.

Die in den letzten Jahren unter GRÜNER Verantwortung mit den Kommunen Leipzig und Schkeuditz konzeptionell angestoßene Revitalisierung des Leipziger Auewalds in der Elster-Luppe-Aue wollen wir im Rahmen eines Naturschutzgroßprojekts durch Renaturierung der Hauptgewässer vorantreiben und umsetzen.

Wir wollen gezielt Kommunen bei Gewässerentwicklung und -renaturierung von Fließgewässern unterstützen und setzen uns für die Gründung von Gewässerunterhaltungsverbänden ein. Der Erwerb von Flächen zur Gewässerentwicklung und -renaturierung von Fließgewässern mit ihren Auen sowie rund um Seen und Teiche muss in der Priorität nach oben kommen und bei allen Flurneuordnungsverfahren prioritär berücksichtigt werden.

d) Wohnen und Bauen

Stadtplanung ohne Klimawandelanpassung ist heutzutage fahrlässig. Das haben leider noch nicht alle Verantwortlichen erkannt. Deswegen braucht es unsere starke Stimme in den Gremien! Wir setzen uns ein für Hitzepläne, Schwammstadtkonzepte, die die Versickerung von Regenwasser vor Ort

ermöglichen oder mehr Stadtgrün. Innovative Konzepte gibt es in diesem Bereich viele, wir müssen diese aber auch berücksichtigen.

GRÜNE Stadtentwicklungspolitik setzt sich für lebendige Innenstädte ein, die Fuß- und Radverkehr bevorzugen, die Aufenthaltsqualität u.a. durch Begrünung erhöhen und sie insgesamt attraktiv gestalten. Auch weniger mobile Menschen brauchen kurze Wege für ihre alltäglichen Besorgungen. Viele Innenstädte machen es bereits vor: eine hohe Aufenthaltsqualität ohne Autoverkehr macht sie attraktiv für Besuchende und sichert damit die Existenz des Einzelhandels. Bei allen Maßnahmen der Stadtentwicklung fordern wir eine breite, frühzeitige und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung.

In vielen ländlichen Orten des Kreises ist die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs nicht mehr gegeben. Wir unterstützen deshalb alternative Geschäftsmodelle wie die Ansiedlung von 24-Stunden-Selbstbedienungsläden oder die Gründung von genossenschaftlichen Dorfzentren. Letztere könnten neben regionalen Produkten und Grundbedarf auch Post und Bankdienstleistungen und Verwaltungsservice anbieten und vielleicht sogar ein kleines Café dabei haben. Aus dem Dorfladen kann sich so ein sozialer Treffpunkt des Ortes entwickeln.

Denkmalpflege ist eine Form nachhaltigen Bauens, weil bestehende Substanz weitergenutzt und der Siedlungsraum nicht ausgeweitet wird. Das Landesprogramm „Jung kauf Alt“ sollte eine Ergänzung durch den Kreis oder die Kommunen erhalten. Um die Denkmallandschaft zu erhalten, unterstützen wir die Vernetzung und Einrichtung von Denkmaldatenbanken für potenzielle Investoren.

e) Lärm-, Licht- und Luftverschmutzung vermeiden

Saubere Luft, Lärmschutz und Lichtsparsamkeit schonen nicht nur die Umwelt, sondern sind auch für die Gesundheit jeder und jedes Einzelnen von großer Wichtigkeit. Dabei handelt es sich auch um eine Frage sozialer Gerechtigkeit, denn insbesondere Menschen mit geringen Einkommen leben an Orten, wo die Belastung durch Lärm und Abgase groß ist. Hauptverursacher von Luftverschmutzung und Lärm ist der Verkehr. Durch Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz, wie z. B. Geschwindigkeitsbegrenzungen, Begrünung und Schallschutz, wollen wir die Aufenthaltsqualität an großen Straßen und vielbefahrenen Bahnstrecken verbessern. Mit einer Verlagerung von mehr Transporten und Logistik auf die Schiene sowie durch den konsequenten Ausbau von ÖPNV- und Radverkehrsinfrastruktur wollen wir den Ausstoß von klimaschädlichen Stoffen wie Stickstoffdioxid und Feinstaub insgesamt reduzieren.

Wir setzen uns für mehr Lärmschutz ein. Mit von Fluglärm betroffenen Menschen erklären wir uns solidarisch und setzen uns für Maßnahmen zur Reduzierung von klima- und gesundheitsschädlichen Auswirkungen des insbesondere des Fracht-/ Flugverkehrs ein.

Für den Flughafen Halle/Leipzig fordern wir, die Pläne für den Ausbau des Frachtflughafens aufzugeben, aktiven Schallschutz und die Einhaltung der Lärmrichtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie ein Aussetzen des Flugverkehrs zwischen 22 und 6 Uhr gemäß den Empfehlungen des Umweltbundesamtes für stadtnahe Flughäfen. Eine Weiterentwicklung zu einem Green Airport unterstützen wir. Luftfracht muss aufgrund ihrer klimaschädlichen Auswirkungen perspektivisch verringert werden. Für den Frachtflughafen Leipzig-Halle unterstützen wir deshalb eine rechtzeitige Planung für alternative Nutzungen der freiwerdenden Kapazitäten.

Ein sparsamer Umgang mit Licht schützt Insekten und Vögel, spart Energie und verbessert Gesundheit und Wohlbefinden. Deshalb wollen wir Beleuchtungssysteme fördern, die bedarfsgerecht öffentliche und private Anlagen beleuchten, indem sie ein- und ausgeschaltet werden können und nur jene Flächen beleuchten, wo das Licht benötigt wird. Naturnahe Bereiche wie Bäume, Felsen und Gewässer sollen nicht beleuchtet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Beleuchtung im öffentlichen Raum sorgsam zwischen den Interessen des Naturschutzes, der Energiesparsamkeit und des subjektiven Sicherheitsbedürfnisses abgewogen wird.

f) Ver- und Entsorgen

Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung sind aktiver Klimaschutz weil ressourcensparend und müssen bei jeder öffentlichen Ausschreibung und Beschaffung mitgedacht werden. Die Nutzung von Rest- und Abfallstoffen zu perfektionieren ist eine zentrale Voraussetzung für die schrittweise Dekarbonisierung unserer Produktionsweise. Baustoffrecycling muss idealerweise regional durch geeignete Entsorgungs- und Sortieranlagen erleichtert werden. Vorhandene Kapazitäten gilt es zu prüfen und anzupassen, um die Nutzung von Rest- und Abfallstoffen zu perfektionieren, damit Nordsachsen auch auf diesem Gebiet seinen Beitrag zur Dekarbonisierung leistet. Auch der vom Freistaat geförderte Reparaturbonus ist ein wirksames Instrument der Abfallvermeidung und Ressourceneinsparung, das Verbraucher*innen und lokalen Handwerksbetrieben gleichermaßen nützt, aber in Nordsachsen noch nicht ausreichend angewendet wird. Oder wie wäre es mit einem nordsächsischen Reparaturbus, eine fahrende Werkstatt, in der Menschen unter Anleitung ihre Gerätschaften selbst reparieren können?

Wir fordern eine Zero-Waste-Strategie für Nordsachsen, die idealerweise in eine Mitgliedschaft im internationalen Zero-Waste-Cities-Netzwerk mündet.

IV. Kultur, Tourismus, Freizeit

Der Landkreis Nordsachsen hat ein großes touristisches Potential, das es zu nutzen und weiter zu entwickeln gilt. Einerseits ist der Landkreis Nordsachsen attraktiv für Erholungsuchende aus den Großstädten Leipzig und Dresden, andererseits gibt es genügend Angebote, um Touristen aus ganz Deutschland zu einem längeren Urlaub einzuladen: Gerade die Verbindung von Kultur (Schlösser in Delitzsch, Wermsdorf, Torgau), Natur (Dahlener Heide, Naturpark Dübener Heide) und Bewegungs- und Wellness-Angeboten (Heide Spa Bad Döben, Platsch Oschatz, Elberadweg, Wassersportzentrum Schladitzer See) macht den Landkreis als Urlaubsort für Familien und vielseitig Interessierte attraktiv. Auch die Einwohner*innen des Landkreises profitieren von vielfältigen Erholungs- und Freizeitangeboten, fördern diese doch die Lebensqualität, Möglichkeiten sozialer Begegnung und die Bindung der Menschen an ihre nordsächsische Heimat. Nicht zuletzt bietet der Tourismussektor Arbeitsplätze oder die Möglichkeit, sich als Unternehmerin oder Unternehmer selbständig zu machen.

Eine attraktive Destination lebt von einem funktionierenden Gemeinwesen und von intakten Naturräumen. Deshalb ist es uns wichtig, bei der Tourismusentwicklung Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz sowie des Schutzes der biologischen Vielfalt zu berücksichtigen. Wir wollen regionstypische Potentiale unterstützen und Angebote stärken, die für Touristen und Einheimische gleichermaßen nutzbar sind.

Die Entwicklung des touristischen Potentials ist in den letzten Jahren gut voran geschritten. Ausgebaut werden sollte sie in folgenden Bereichen:

- Ein landkreisweites Tourismuskonzept würde dem Landkreis helfen, die Erschließung von touristisch interessanten Orten voran zu treiben, das Zusammenspiel der touristischen Anbieter*innen und der lokalen Akteur*innen zu koordinieren und die Wege zwischen den einzelnen touristischen Standorten zu erleichtern. Zum Beispiel konzentriert sich der Radtourismus gegenwärtig auf die Flusswege, weil die Verbindungsspannen zu weiteren Attraktionen fehlen oder mangelhaft kommuniziert werden.
- Natur- und Rad-/Wandertourismus, auch als Tagesausflüge, sind voll im Trend, dem muss der Landkreis noch besser Rechnung tragen. Der Naturpark Dübener Heide mit dem Presseler Heidewald- und Moorgebiet, die Muldeauen, die Dahleener Heide, der Wermsdorfer Forst haben großes Potential. Deren Zugänglichkeit und Attraktivität muss verbessert werden durch die Erschließung von Rundwegen und eine zuverlässige Beschilderung sowie die Ausweisung von Radwegen.
- auch der Campingtourismus hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die entsprechende Infrastruktur dafür ist in Nordsachsen noch ausbaufähig!
- Essentiell für den Tourismus ist auch die Frage der Mobilität vor Ort – nicht nur mit dem privaten PKW. Bei der Fahrtenplanung des öffentlichen Nahverkehrs muss der Tourismus mit bedacht werden, zum Beispiel als "Touristenlinie", die am Wochenende touristische Standorte verbindet, um Wander*innen von und zur Bahnverbindung zu bringen. Auch die Wiederbelebung der Bahnlinien Eilenburg – Bad Dübener Heide – Pretzsch und Torgau – Pretzsch würde die Destinationen und touristische Interessen besser verbinden: zum Beispiel Kultur auf Schloss Hartenfels in Torgau, danach ein Spaziergang in der Dübener Heide und abends Spa in Bad Dübener Heide?

Sowohl für Besucher:innen als auch für die einheimische Bevölkerung gehört ein vielseitiges Kultur- und Sportangebot zu einem attraktiven Lebensumfeld dazu. Dieses fördert nicht nur Gesundheit und Kreativität, sondern auch den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft.

- Wichtig sind dafür der Erhalt und eine ausreichend finanzielle Ausstattung der kommunalen und kreiseigenen Bibliotheken, Musik- und Volkshochschulen. Sie sind für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ein Schlüssel zum kulturellen und musischen Erbe der Menschheitsgeschichte, Tor zur Bildung und sinnvoller Freizeitbeschäftigung allein und in der Gruppe. Besonders für junge Menschen bieten diese Einrichtungen die Möglichkeit, sich auszuprobieren und eigene Entwicklungspotentiale zu entdecken. In diesem Sinne unterstützen wir die Erweiterung der Kreismusikschule „Heinrich Schütz“ zu einer Jugendkunstschule.

- Zur Förderung von Gesundheit, Körperkultur und sportlicher Fitness gehört ein ausreichendes Angebot an Schwimm – und Bademöglichkeiten. Die Schwimmhallen im Kreis müssen erhalten bleiben, auch um Schwimmunterricht für alle Kinder zu ermöglichen. Durch die Nutzung aller Möglichkeiten zur energetischen Sanierung und durch ökonomisch sinnvolle Betriebskonzepte (z.B. Photovoltaikanlagen, Blockheizkraftwerke) sollen die Kommunen in der Unterhaltung unterstützt werden.
- Eine Förderung des Breitensports ist eine wichtige Stütze für den gesellschaftlicher Zusammenhalt. Nicht nur die Förderung der Vereine gehört dazu, auch überregionale Events wie größere Wettkämpfe, Sport-Feste und Fitness-Aktionstage fördern die Sichtbarkeit und Anerkennung des sportlichen Engagements.

V. Bildung, Schulen, Betreuung

Der Landkreis Nordsachsen ist ein attraktiver Lebensort, insbesondere für Familien. Wir BÜNDNIS-GRÜNEN setzen uns weiterhin verstärkt dafür ein, dass für Kinder und Jugendliche optimale Bildungsmöglichkeiten vorhanden sind. Zum einen ist Bildung der Schlüssel für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und Voraussetzung für Freiheit, Selbstbestimmung und demokratisches Miteinander. Zudem sichern gut ausgebildete Nachwuchsfachkräfte und Tagesbetreuungsmöglichkeiten für Kinder den Wirtschaftsstandort Nordsachsen.

Unser Landkreis ist noch recht dünn besiedelt, die Menschen mögen es familiär. Dem sollte auch das Netz an Kindertageseinrichtungen, Schulen und Ausbildungsstätten entsprechen. Hier setzen sich die Bündnisgrünen dafür ein, dass kombinierte Bildungsorte geschaffen bzw. weiter ausgebaut werden. Gerade in kleineren Ortschaften sind die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen der kulturelle Mittelpunkt des Ortes, hier treffen sich Jung und Alt. Wir unterstützen den Ausbau bzw. die Schaffung solcher Orte.

Zwingend sollen mehr Gemeinschaftsschulen entstehen. Hier lernen Kinder bzw. Jugendliche länger gemeinsam von der 1. bis zur 12. Klasse. Es steht nicht sofort nach der 4. Klasse ein Schulwechsel und damit ein Ortswechsel mit erhöhter Logistik an. Zudem sorgen Gemeinschaftsschulen dafür, dass die Bildungsschere nicht weiter auseinander geht. Es können an Gemeinschaftsschulen verschiedene Schulabschlüsse erworben werden. Dies ist für uns in Nordsachsen sehr wichtig, wir wollen alle jungen Menschen mitnehmen. Wir setzen uns für beste Ausstattung unserer Schulen ein: spezielle Möblierung, digitale Geräte und Schultafeln, kontinuierliche Gebäuderenovierung und saubere und angenehme Sanitärräume.

Wir unterstützen die Kommunen dabei, dass Kindertageseinrichtungen und Grundschulen auch am Nachmittag bzw. an den Wochenenden Treffpunkte sein können. Dazu bedarf es spezifischer Gebäude- und Freiflächenkonzepte, die diese unterschiedlichen Anforderungen integrieren. Nordsächsische Kommunen können dafür z.B. Fördermittel nutzen. Wir unterstützen mit unserer Politik diese innovativen Projekte. Zudem setzen wir uns für eine Konzept- und Trägervielfalt im Bereich der Bildung und Betreuung ein. Sollten Bildungs- und Betreuungsorte bei niedrigen Jahrgangszahlen geschlossen werden, setzen wir uns für deren Erhalt durch Ausnahmegenehmigungen

ein, z.B. durch die Reduzierung der Mindestschülerzahl im Grundschulbereich auf 10 Kinder oder die Möglichkeit von jahrgangsübergreifendem Unterricht.

Die Realisierung inklusiver Schulkonzepte kann durch kleinere Klassenstärken und mehr Stellen für ausgebildete Sonderpädagoginnen oder Sonderpädagogen sichergestellt werden. Gute Bildungseinrichtungen sind partizipativ, sie erleben Eltern als Partner in der Begleitung junger Menschen und erfahren Unterstützung und Beratung. Um den komplexen Lebenslagen von Familien die passende Unterstützung zu gewähren, setzen wir und als Bündnisgrüne im Landkreis für die Etablierung von Schulsozialarbeit in allen Schularten ein.

Um Schulbildung erfolgreich zu gestalten, bedarf es bereits im Elementarbereich einer ganzheitlichen und entwicklungsfördernden Pädagogik. Auch Kindertageseinrichtungen benötigen zur Umsetzung ihrer Aufgaben multiprofessionelle Teams bzw. Kooperationen mit Sozialarbeit, Früh- und Sprachförderung. Für Familien mit Kinder und Jugendlichen mit speziellem Förderbedarf sind die Wege in Nordsachsen sehr lang. Wir unterstützen mit bündnisgrüner Politik die Entwicklung einer Infrastruktur, die eine inklusive und chancengerechte Bildung und Betreuung sicher stellt.

Mit dem Schul- oder Berufsabschluss hört Bildung nicht auf. Lebenslanges Lernen ist für die Menschen im Landkreis Nordsachsen selbstverständlich. Wir Bündnisgrüne sorgen dafür, dass dies erhalten und ausgebaut wird. Mit dem Eigenbetrieb Bildungsstätten des Landkreises Nordsachsen stehen die Volkshochschule Nordsachsen, die Sternwarte Nordsachsen, das Schullandheim Reibnitz und die Kreismusikschule „Heinrich Schütz“ bereits zur Verfügung. Deren Betrieb muss weiter am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wohnortnähe entsprechend weiterentwickelt werden sowie zu deren Fortbestand die Wirtschaftlichkeit gesichert werden. Insbesondere sollen Bildungsangebote bereitstehen, die den Menschen persönlich und beruflich helfen, die Herausforderungen der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zu meistern. Als wichtigen Beitrag zur Bildung und Zusammenhalt aller Generationen betrachten wir die Partnerschaft für Demokratie in Nordsachsen. Wir wünschen uns ein noch ambitionierteres Wirken der Pfd.

Zum Bildungsangebot zählen auch private Anbieter, die den Weiterbildungsbedarfen Erwachsener vielfältige Angebote bereithalten. Wir sehen sie als Bestandteil der Erwachsenenbildung in Nordsachsen.

Wesentliche Säule ist der weitere Ausbau von Berufsbildung im Landkreis Nordsachsen mit dem Ziel, den Wirtschaftsstandort Nordsachsen attraktiv zu machen.